



Roßteutscher | Schmitt-Beck | Schoen | Weßels | Wolf

Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017



Nomos

Die Reihe
„Wahlen in Deutschland“
wird herausgegeben von

Prof. Dr. Hans Rattinger, Universität Mannheim
Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher, Universität Frankfurt a.M.
Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck, Universität Mannheim
Prof. Dr. Bernhard Weßels, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung (DGfW)

Band 3

Sigrid Roßteutscher | Rüdiger Schmitt-Beck |
Harald Schoen | Bernhard Weißels |
Christof Wolf

und

Berend Barkela | Irina Bauer | Ina Bieber | Katharina Blinzler | Manuela
Blumenberg | Jan Eric Blumenstiel | Hannah Bucher | Melanie Dietz | Thorsten
Faas | Lea Gärtner | Heiko Giebler | Konstantin Glinitzer | Tobias Gummer |
Lilith Heiber | Sascha Huber | Nils Jungmann | Agatha Kratz | Josephine
Lichteblau | Michaela Maier | Jürgen Maier | Reinhold Melcher | Maria
Preißinger | Simon Richter | Joss Roßmann | Lena Schackmann | Anne Schäfer |
Philipp Scherer | Alexander Staudt | Lars-Christopher Stövsand | Anne-Kathrin
Stroppe | Aiko Wagner | Alexander Wuttke

Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4518-0 (Print)

ISBN 978-3-8452-8760-7 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Auf Basis der in der deutschen Wahlstudie (German Longitudinal Election Study, GLES) erhobenen Daten bietet der vorliegende Band eine umfassende Analyse der Bundestagswahl 2017. Die Verfasser¹ sind oder waren ausnahmslos innerhalb der GLES tätig, sei es als Projektmitarbeiter oder als Kooperationspartner im Rahmen einzelner Studienkomponenten. Ihnen allen sei für ihre Bereitschaft gedankt, ihre Beiträge unter großem Zeitdruck zu erstellen.

Das GLES-Projekt, die umfangreichste Wahlstudie in der deutschen Nachkriegsgeschichte, wäre nicht denkbar ohne umfangreiche Vorarbeiten der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung e.V. (DGfW). Dieser wissenschaftliche Verein wurde 2007 gegründet und hat derzeit fast 70 Mitglieder, die zahlreiche Universitäten und Forschungseinrichtungen repräsentieren (siehe <http://www.dgfw.eu>). Das erste und wichtigste Ziel der DGfW bestand darin, eine deutsche Wahlstudie dauerhaft zu etablieren. Die Studien zu den Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 sind durch die Langfristförderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ermöglicht worden. Diese großzügige Förderung endete mit der Bundestagswahl 2017. Glücklicherweise ist es gelungen, einen sogenannten „Sonderatbestand“ einzuwerben, sodass die deutsche Wahlstudie nun von Bund und Ländern finanziert, zukünftig bei GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, durchgeführt werden kann. Allen Mitgliedern der DGfW und von GESIS sei herzlich gedankt für diesen im Jahr 2009, dem Beginn der Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, erhofften, aber nicht unbedingt zu erwartenden Erfolg! Dank ist daher insbesondere auch der Deutschen Forschungsgemeinschaft auszusprechen, ohne deren Förderung im Langfristprogramm das GLES-Projekt und seine Verstärkung bei GESIS nie zustande gekommen wären.

Dankenswerterweise hat sich der Nomos-Verlag bereit erklärt, gemeinsam mit den Projektverantwortlichen der GLES eine Buchreihe aufzulegen, die im Auftrag der DGfW herausgegeben wird und seit 2009 zu jeder

1 Rollenbezeichnungen wie diese beziehen sich im gesamten Buch stets auf Männer und Frauen gleichermaßen.

Bundestagswahl eine umfassende empirische Analyse veröffentlicht. Der dritte Band dieser Reihe wird hiermit vorgelegt. Beate Bernstein vom Nomos-Verlag sei großer Dank für ihre Unterstützung und intensive Betreuung dieser Publikation. Der DGfW sei herzlich für eine großzügige Geldspende gedankt, die es erlaubt, den Ladenpreis des Buches so zu drücken, dass dieses Buch auch einem breiteren Kreis an Interessenten zugänglich gemacht werden kann. Die Hauptarbeiten bei der Koordination und redaktionellen Bearbeitung des Bandes hat Philipp Scherer, Projektmitarbeiter und Teamleiter an der Goethe-Universität Frankfurt, übernommen. Ihm gebührt größter Dank!

Frankfurt am Main, Mannheim, Berlin
im Juli 2018

Sigrid Roßteutscher
Rüdiger Schmitt-Beck
Harald Schoen
Bernhard Weßels
Christof Wolf

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	11
<i>Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen, Bernhard Weßels und Christof Wolf</i>	
2. Deutschland und die Welt in Aufruhr – Zur Ausgangslage der Bundestagswahl 2017	15
<i>Ina Bieber und Sigrid Roßteutscher</i>	
3. Der Wahlkampf	33
3.1 Die Wahlkampagnen der Parteien und ihr Kontext	33
<i>Lena M. Schackmann</i>	
3.2 Die Kandidaten und ihr Wahlkampf	47
<i>Heiko Giebler und Reinhold Melcher</i>	
3.3 Nutzung traditioneller und neuer politischer Informationsquellen im Bundestagswahlkampf 2017	63
<i>Alexander Staudt und Rüdiger Schmitt-Beck</i>	
3.4 Die Dynamik von Mobilisierung und Meinungswandel im Wahlkampf	81
<i>Alexander Staudt</i>	
3.5 Eingeschlossen in der Filter Bubble? Politische Kommunikationsnetzwerke im Wahlkampf	97
<i>Lea Gärtner und Alexander Wutke</i>	
3.6 Entscheidungsprozesse von Wählern	111
<i>Maria Preißinger</i>	

4.	Von Bruchlandungen und Höhenflügen: Das Ergebnis der Bundestagswahl 2017	123
	<i>Melanie Dietz und Sigrid Roßteutscher</i>	
5.	Aspekte des Wählerverhaltens	145
5.1	Wahlbeteiligung	145
	<i>Lars-Christopher Stövsand und Sigrid Roßteutscher</i>	
5.2	Wechselwähler	157
	<i>Harald Schoen</i>	
5.3	Die Briefwähler	169
	<i>Josephine Lichteblau und Aiko Wagner</i>	
6.	Die Parteiwahl und ihre Hintergründe	181
6.1	Einleitung	181
	<i>Rüdiger Schmitt-Beck</i>	
6.2	Wahlverhalten sozialer Gruppen	189
	<i>Bernhard Weißels</i>	
6.3	Parteibindungen	207
	<i>Anne Schäfer und Alexander Staudt</i>	
6.4	Ideologie	219
	<i>Philipp Scherer und Lars-Christopher Stövsand</i>	
6.5	Politische Sachfragen	229
	<i>Agatha Kratz</i>	
6.6	Spitzenkandidaten	247
	<i>Konstantin Glinitzer und Nils Jungmann</i>	

6.7	Wirtschaftliche Entwicklung	263
	<i>Irina Bauer und Joss Roßmann</i>	
6.8	Regierungs- und Parteileistung	279
	<i>Tobias Gummer und Anne-Kathrin Stroppe</i>	
6.9	Populistische Einstellungen	295
	<i>Heiko Giebler und Aiko Wagner</i>	
6.10	TV-Duelle	309
	<i>Simon Richter, Berend Barkela, Thorsten Faas, Jürgen Maier und Michaela Maier</i>	
6.11	Koalitions- und strategisches Wählen	325
	<i>Sascha Huber</i>	
6.12	Die Wahlentscheidung in der Gesamtschau	345
	<i>Philipp Scherer</i>	
7.	Die Regierungsbildung	357
	<i>Katharina Blinzler, Manuela S. Blumenberg und Hannah Bucher</i>	
8.	Fazit und Ausblick	375
	<i>Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen, Bernhard Weßels und Christof Wolf</i>	
9.	Anhänge	385
	<i>Jan Eric Blumenstiel, Sascha Huber, Lilith Heiber und Philipp Scherer</i>	
10.	Die Autoren	401

1. Einleitung

Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen, Bernhard Weßels und Christof Wolf

Bundestagswahlen sind in unserer repräsentativen Demokratie das zentrale Mittel, mit dem Bürger über die zukünftige Politik entscheiden und einen Einfluss auf die kommende Regierung ausüben. Mit der vorliegenden Publikation legt die Projektgruppe der Deutschen Wahlstudie (German Longitudinal Election Study, GLES) die dritte ausführliche Analyse einer Bundestagswahl vor, die für einen breiteren Leserkreis verfasst wurde. Aus verschiedenen Perspektiven untersucht sie die Bundestagswahl vom 24. September 2017. Der erste Band hatte sich unter dem Titel „Zwischen Langeweile und Extremen“ mit der Vorgeschichte und den Ergebnissen der Bundestagswahl 2009 auseinandergesetzt (Rattinger et al. 2011). Der zweite Band erschien mit dem Titel „Zwischen Fragmentierung und Konzentration“ und analysierte die Ereignisse um die Bundestagswahl 2013 (Schmitt-Beck et al. 2014). Für diesen dritten Band haben wir uns entschieden, den Titel „Zwischen Polarisierung und Beharrung“ zu wählen. Im Wahlkampf hat sich ein für Deutschland in den letzten Jahrzehnten unbekanntes Ausmaß der Polarisierung gezeigt, dass nicht zuletzt an der Etablierung der Alternative für Deutschland (AfD) im 19. Bundestag sowie einer signifikanten Steigerung der Wahlbeteiligung abzulesen ist. Mit dem Gegenbegriff der Beharrung weisen wir darauf hin, dass sich aller Politisierung und Polarisierung zum Trotz schlussendlich eine Regierung aus CDU/CSU und SPD formte: eine Wiederholung der Großen Koalition der vorangegangenen Legislaturperiode mit Kanzlerin Angela Merkel in ihrer vierten Amtszeit.

Mit der AfD ist in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands erstmalig eine Partei im Bundestag repräsentiert, die sich rechts von CDU/CSU positioniert. Aber auch der FDP, die 2013 noch knapp an der 5-Prozent-Hürde gescheitert war, gelang mit einem deutlichen zweistelligen Ergebnis der Wiedereinzug ins Parlament. Damit sind im aktuellen Bundestag sieben Parteien in sechs Fraktionen vertreten – auch dies ein Novum. Die beiden großen Parteien, CDU/CSU und SPD, die seit 2013 gemeinsam die Regierung stellten, mussten hingegen erhebliche Verluste hinnehmen. War der Prozess der Regierungsbildung schon nach der Wahl 2013 kein einfa-

cher, so gestaltete sich die Suche nach einer Koalition nach der Bundestagswahl 2017 zu einem Marathon. Die sogenannten „Jamaika“-Verhandlungen, also der Versuch ein Bündnis aus CDU/CSU, FDP und Grünen zu formen, scheiterten am Austritt der FDP und kurzzeitig standen sogar Neuwahlen zur Debatte. Da die SPD direkt nach der Wahl, bei der sie herbe Verluste erlitten hatte, kategorisch verkündete in die Opposition zu gehen, entfalte sich ein Drama um die Kehrtwende der SPD. Nach Mitgliederbefragungen und vielen parteiinternen Debatten, die ein großes Medienecho fanden sowie dem Rückzug des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz kam es schließlich zur Einigung auf die Fortführung der großen Koalition, die allerdings im Vergleich zur Vorgänger-Koalition von viel weniger Mandaten im Bundestag getragen wird. Am 14. März 2018, fast sechs Monate nach der Bundestagswahl, wurde Angela Merkel vom Bundestag zum vierten Mal hintereinander als Bundeskanzlerin gewählt. Der schwierige und langwierige Prozess der Regierungsbildung wird in diesem Band in einem eigenen Kapitel ausführlich behandelt.

Die GLES wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen ihres Langfristprogramms gefördert. Sie untersucht mit einem integrierten Forschungskonzept drei Bundestagswahlen: 2009, 2013 und 2017. Dazu gehören mehrere Untersuchungskomponenten, von den „klassischen“ großen, direkt vor und nach der Wahl durchgeführten repräsentativen Querschnittstudien über eine Rolling-Cross-Section-Erhebung während des Wahlkampfes sowie kurzfristige und langfristige Wiederholungsbefragungen, regelmäßige im 3-Monatsrhythmus durchgeführte Online-Studien, die während der gesamten Legislaturperiode im Feld sind sowie eine Kandidatenbefragung, Untersuchungen zur Themenagenda in den Medien und zur Berichterstattung in Print- und TV-Nachrichten inklusive einer spezifischen Studie zur Wirkung des TV-Duells zwischen den Kanzlerkandidaten (für eine vollständige Übersicht des Gesamtprojektes siehe Schmitt-Beck et al. 2010; <http://www.gles.eu>). Da es gelungen ist, die deutsche Wahlstudie dauerhaft bei GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften zu institutionalisieren, werden ähnliche Analysen und Bestandaufnahmen auch für zukünftige Bundestagswahlen durchgeführt werden können.

Die 24 Beiträge dieses Bandes, die von insgesamt 37 Autoren verfasst wurden, vermitteln einen umfassenden Überblick über die Vorgeschichte der Bundestagswahl, das Wahlergebnis und seine Hintergründe sowie den anschließenden Prozess der Regierungsbildung. Hierfür nutzen wir unterschiedlichste im Rahmen der GLES erhobene Daten. Die jeweiligen Quel-

len werden im Anhang dokumentiert und erläutert. Im folgenden Kapitel (Kapitel 2) wird die Vorgeschichte zur Bundestagswahl 2017 analysiert und ein Rahmen gespannt, der die politischen Entwicklungen seit der Bundestagswahl 2013 skizziert. Der Verlauf des Wahlkampfes aus Sicht der Parteien und Wähler ist Thema des dritten Kapitels. In mehreren Kapiteln werden Facetten des Wahlkampfes skizziert: die bundesweiten Wahlkampagnen der Parteizentralen (Kapitel 3.1), die Wahlkampfaktivitäten der Kandidaten (Kapitel 3.2), die Nutzung sozialer Medien im Wahlkampf (Kapitel 3.3), die Entwicklung der öffentlichen Meinung im Wahlkampf (Kapitel 3.4), die politische Kommunikation der Bürger (Kapitel 3.5) sowie schließlich der Verlauf der Entscheidungsprozesse der Wähler im Wahlkampf (Kapitel 3.6). Kapitel 4 präsentiert eine detaillierte Beschreibung des Wahlergebnisses der Bundestagswahl 2017 und ordnet es in die langfristige Entwicklung des deutschen Parteiensystems ein. Im fünften Kapitel werden zentrale Aspekte des Wahlverhaltens genauer analysiert. Dazu gehört die Wahlbeteiligung, die erstmals seit 1998 wieder signifikant gestiegen ist (Kapitel 5.1). Kapitel 5.2 widmet sich dem wechselhaften Wahlverhalten in kurz- und langfristiger Perspektive, in Kapitel 5.3 wird das Wahlverhalten der Briefwähler untersucht, deren Anteil kontinuierlich steigt.

Das sechste Kapitel liefert Einsichten in die Hintergründe der Wahlentscheidungen der Bürger. So untersuchen wir den Einfluss sozialer Merkmale wie Klasse, Beruf, Bildung oder Geschlecht (Kapitel 6.2), die Rolle langfristiger Parteibindungen (Kapitel 6.3) sowie die Bedeutung ideologischer Grundpositionen (Kapitel 6.4) und spezifischer Themen und Sachfragen (Kapitel 6.5). Untersucht werden des Weiteren der Einfluss der Spitzenkandidaten für die Kanzlerposition (Kapitel 6.6), die Bedeutung der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung für das Wahlverhalten (Kapitel 6.7) und die Bewertungen der Leistungen der Regierung und Opposition in der vergangenen Legislaturperiode (Kapitel 6.8). Aufgrund der aktuellen Entwicklungen widmet sich ein Kapitel der Rolle von populistischen Einstellungen für das Wahlverhalten (Kapitel 6.9). Kapitel 6.10 analysiert die Bedeutung der TV-Duelle, den vermutlich wichtigsten Einzelergebnissen im Wahlkampf. Kapitel 6.11 diskutiert die Bedeutung von Koalitionspräferenzen und strategischen Wählens. In Kapitel 6.12 werden die wichtigsten Befunde nochmals in einer Gesamtschau zusammengetragen.

Kapitel 7 schließt die Untersuchung der Bundestagswahl 2017 mit einer Beschreibung des komplizierten Prozesses der Regierungsbildung, der nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik länger dauerte als nach der

vergangenen Wahl. Ergebnis ist die vierte große Koalition (nach 1966, 2005 und 2013), die wohl selten zumindest seitens eines Partners, der SPD, mit größeren Bedenken eingegangen wurde. In den Anhängen werden das Wahlverfahren und das amtliche Wahlergebnis dargestellt sowie die in den Kapiteln verwendeten Datensätze der GLES dokumentiert.

Literatur

- Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Bieber, Ina, Blumenstiel, Jan E./Bytzeck, Evelyn/Faas, Thorsten/Huber, Sascha/Krewel, Mona/Maier, Jürgen/ Rudi, Tatjana/Scherer, Philipp/Steinbrecher, Markus/Wagner, Aiko/Wolsing, Ansgar, Hg. 2011: Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Baden-Baden: Nomos.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weßels, Bernhard 2010: Die deutsche Wahlforschung und die German Longitudinal Election Study (GLES), in: Faulbaum, Frank/ Wolf, Christof Hg. Gesellschaftliche Entwicklungen im Spiegel der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: VS-Verlag: 141-172.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/ Bieber, Ina/Blumenberg Manuela S./Blumenstiel, Jan E./Faas, Thorsten/Förster, André/Giebler, Heiko/Glogger, Isabella/Gummer, Tobias/Huber, Sascha/Krewel, Mona/Lamers, Patrick/Maier, Jürgen/Partheymüller, Julia/Plichke, Thomas/Roßmann, Joss/Schäfer, Anne/Scherer, Philipp /Steinbrecher, Markus/Wagner, Aiko/Wiegand, Elena., Hg. 2014: Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden: Nomos.

2. Deutschland und die Welt in Aufruhr – Zur Ausgangslage der Bundestagswahl 2017

Ina Bieber und Sigrid Roßteutscher

2.1 Einleitung

Nach der Bundestagswahl 2013 vergingen knapp drei Monate bis das Kabinett der Großen Koalition vereidigt wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt dauerte keine Kabinettsbildung in Deutschland länger: Aufgrund des Scheiterns der FDP an der 5-Prozent-Sperrklausel hatte die Union ihren Wunschkoalitionspartner verloren. Die Wähler votierten mit 41,5 Prozent für die Union, weshalb rechnerisch nur drei Regierungsbildungen möglich waren: eine rot-rot-grüne Koalition, eine schwarz-grüne Koalition oder eine Große Koalition. Eine rot-rot-grüne Koalition wurde bereits im Wahlkampf von der SPD ausgeschlossen. Die Union führte daher mit der SPD und den Grünen Sondierungsgespräche, wobei die Gespräche mit den Grünen bereits nach kurzer Zeit erfolglos abgebrochen wurden. Erfolgreich waren dann die Gespräche mit der SPD. Ähnlich wie 2017 waren Spannungen zwischen der koalitionsbereiten SPD-Führung und der kritischen SPD-Basis zu beobachten. Um weitere innerparteiliche Spannungen zu vermeiden wurde 2013 erstmalig ein Mitgliederentscheid über den Eintritt der SPD in eine Große Koalition durchgeführt (Blumenberg/Förster 2014).

Dieses Kapitel skizziert die wichtigsten Ereignisse der 18. Legislaturperiode. Es beschreibt die Ausgangslage der Bundestagswahl 2017 und legt dar, mit welchen Themen und Problemen sich die Parteiführungen und die Wahlkampfmanager bei der Planung der Wahlkampfstrategie zur Bundestagswahl 2017 auseinandersetzen mussten.

2.2 Allgemeine politische Entwicklungen

Zentrales Thema des Wahlkampfes war sicherlich die Flüchtlingspolitik. In Folge der Bürgerkriege im Nahen Osten und des brutalen Vorgehens des Assad-Regimes in Syrien, nicht nur gegen den IS sondern auch die Zivilbevölkerung, flüchteten viele Menschen. Über Ungarn waren Millionen auf dem Weg nach Europa. Aus humanitären Gründen entschied Kanzlerin

Angela Merkel am 4. September 2015 die Flüchtlinge in Deutschland einreisen zu lassen – eine Entscheidung, die das Land bis heute spaltet. Schnell wurde klar, dass Deutschland auf eine derartig hohe Zahl an Geflüchteten nicht vorbereitet war: Es fehlte an Unterkünften, Essen und auch Kleidung. Sicherheitsprüfungen wurden kaum durchgeführt. Engagierte Ehrenamtliche taten ihr Bestes. In, aber vor allem außerhalb Deutschlands, war man von der euphorischen Willkommenskultur positiv überrascht. Deutschland zeigte dem Ausland ein neues, sympathisches Gesicht. Gleichzeitig machten Berichte über kriminelle Geflüchtete, sexuelle Übergriffe und chaotische Verhältnisse in Flüchtlingsunterkünften die Runde. Die Kölner Silvesternacht 2015/2016, bei der es zu massenhaften Delikten und auch sexuellen Übergriffen gekommen war, veränderte das Klima in Deutschland nachhaltig. Insbesondere die zunächst eher verharmlosende Berichterstattung der Polizei und zuständigen Politikern aus Köln und Nordrhein-Westfalen führte zu Empörung und Verunsicherung in der Bevölkerung. Während zuvor die humanitäre Situation der Flüchtlinge und ihr Beitrag für den deutschen Arbeitsmarkt in einer alternden Gesellschaft im Mittelpunkt der Diskussion stand, fokussierte sich die Debatte nun stärker auf Integrationsprobleme, insbesondere hinsichtlich religiöser, kultureller und demokratischer Werte. Teile der Bevölkerung fühlten sich zunehmend verunsichert. Während alle etablierten Parteien die „Wir schaffen das“-Politik von Angela Merkel unterstützten und sowohl nach praktischen Lösungen als auch nach Integrationsmöglichkeiten suchten, erkannte die AfD die Gunst der Stunde: Sie präsentierte sich als einzig wahre Alternative zur Politik der etablierten Parteien. Mit islamkritischen, national-konservativen und rechtspopulistischen Äußerungen sprach die AfD die zentralen Ängste vieler Menschen an.

Doch nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern sind seit einigen Jahren populistisch-nationale Bewegungen auf dem Vormarsch. In Großbritannien führte der strategische Versuch des konservativen Regierungschefs David Cameron durch einen Volksentscheid die eigene Partei auf einen europafreundlicheren Kurs zu bringen zum Gegenteil: Das britische Volk stimmte bei der Abstimmung über den Verbleib oder Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (sogenannter „Brexit“) für den Austritt und sorgte damit in der gesamten Europäischen Union für Verunsicherung hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit und Stabilität Europas. Gleichermaßen für viele unerwartet wurde Donald Trump zum Präsidenten der USA gewählt – ein Unternehmer, der im Wahlkampf nicht nur nationalistisch und protektionistisch das Motto

„America first“ propagierte, sondern auch offen sexistisch und rassistisch argumentierte, was seine Beliebtheit in Teilen der US-Bevölkerung eher befeuerte als schadete. Schon die Parlamentswahlen in Ungarn 2014 deuteten darauf hin, dass innerhalb der europäischen Staaten eine neue Ära des Rechtspopulismus gekommen ist. Erst das überraschend schwache Abschneiden der Rechtspopulisten von Geert Wilders in den Niederlanden bei den Wahlen im März 2017 (entgegen der Erwartungen wurden sie mit 13,1 Prozent nur zweitstärkste Partei) und insbesondere die deutliche Niederlage Marine Le Pens gegen Emmanuel Macron bei der Stichwahl der französischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2017, erweckten den Eindruck, dass der – je nach Standpunkt – befürchtete oder erhoffte Siegeszug des Rechtspopulismus möglicherweise gebremst sei. In diesem internationalen Kontext fokussierte sich auch in Deutschland spätestens ab Mitte der 18. Legislaturperiode sehr viel Aufmerksamkeit auf die Frage nach der Stärke der AfD.

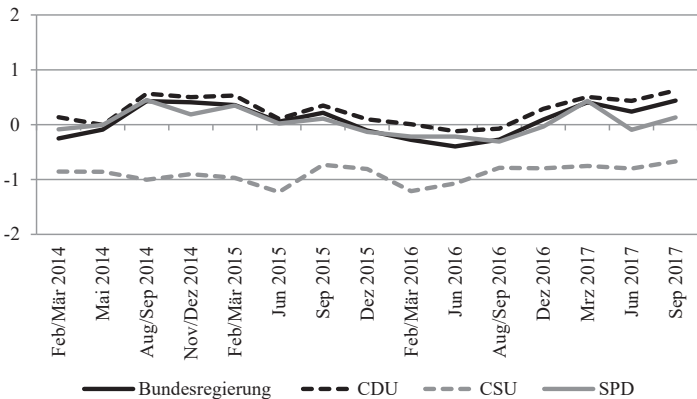
Nachdem die allgemeinen politischen Entwicklungen dargelegt wurden, richtet sich der Blick nun auf die Arbeit der Großen Koalition zwischen 2013 und 2017.

2.3 Die Große Koalition

Trotz aller anfänglichen Skepsis, die insbesondere an der SPD-Basis vorherrschte, arbeitete die dritte Große Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik relativ erfolgreich und konfliktfrei. Dies gilt insbesondere im direkten Vergleich zur schwarz-gelben Vorgängerkoalition, die bereits kurz nach der Regierungsbildung 2013 den Eindruck großer Zerstrittenheit machte. Auch konnten fast alle Ministerinnen und Minister ihr Amt über die gesamte Legislaturperiode behalten, während die schwarz-gelbe Koalition durch außerordentlich viele Rücktritte und Entlassungen gekennzeichnet war (Bieber/Roßteutscher 2014). Damit waren gute Voraussetzungen für kontinuierliches und konsistentes Regierungshandeln gegeben. Dies spiegelte sich auch in der Zufriedenheit der Bürger mit der Regierung und den Regierungsparteien wider, deren Werte – mit Ausnahme der CSU – durchweg deutlich über den Werten der Vorgängerregierung lagen (Bieber/Roßteutscher 2014: 22). Abbildung 1 zeigt, dass die Regierung insgesamt, die CDU und die SPD bis Ende 2016 sehr ähnlich bewertet wurden. Die Werte der CDU lagen stets geringfügig über den Werten der SPD. Erst im Vorfeld der Bundestagswahl im Sommer 2017 sank die Zufriedenheit der Bürger mit der SPD deutlicher ab. Ähnlich wie der FDP

in der schwarz-gelben Vorgängerkoalition erging es der CSU in der 18. Legislaturperiode: Sie war die einzige Regierungspartei, mit der die Wähler überwiegend unzufrieden waren. Zwar kam es ab 2016 zu einer leichten Verbesserung der Werte, dennoch dominierte weiterhin Unzufriedenheit. Unübersehbar ist zudem die Kluft zwischen ihr und der Bewertung der Regierung insgesamt und insbesondere der Schwesterpartei CDU. Immerhin hatte Horst Seehofer, damaliger Parteivorsitzender der CSU und bayrischer Ministerpräsident, seine Partei im Kontext der Migrationsdebatte auf einen Kurs gebracht, der dem der Kanzlerin diametral entgegenstand. Horst Seehofer hatte sich dabei auch nicht gescheut, Angela Merkel auf dem Münchner CSU-Parteitag im November 2015 vorzuführen. Nach der Rede Merkels ließ es sich Seehofer nicht nehmen, ihr striktes „Nein“ zur Obergrenze zu kommentieren und kritisieren. Merkel stand schier endlos, sichtlich irritiert und regungslos neben Seehofer und musste seine Belehrungen zum Thema Obergrenze über sich ergehen lassen. Mit dieser Positionierung wollte Seehofer die CSU in der Regierung profilieren und der erstarkenden AfD das Wasser abgraben. Wie Abbildung 1 dokumentiert, honorierten die Bürger dies nicht.

Abbildung 1: Zufriedenheit mit der Bundesregierung und den Regierungsparteien in der 18. Legislaturperiode

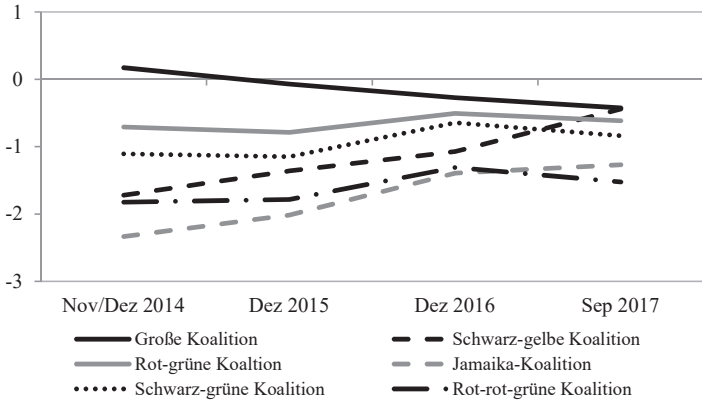


Quelle: GLES-Langfrist-Online-Tracking (ZA5723 – ZA5734; ZA6515 – ZA6817),

Anmerkungen: Skala von -5 „völlig unzufrieden“ bis +5 „völlig zufrieden“.

Die relative Zufriedenheit mit der amtierenden Regierung zeigte sich auch in der Bewertung unterschiedlicher Koalitionsoptionen (Abbildung 2). Zwar verlor die Große Koalition im Zeitverlauf etwas an Zustimmung, dennoch blieb sie fast über die gesamte Legislaturperiode die Koalitionsoption, die sich die Bürger am ehesten wünschten. Erst im Sommer 2017, also kurz vor der Bundestagswahl, bekam sie Konkurrenz von der schwarz-gelben Koalition, die in der Wertschätzung der Bürger die größte Veränderung erfahren hat. Einen ähnlichen Verlauf erlebte die Bewertung der Jamaika-Koalition, die kurz nach der Bundestagswahl 2013 die mit Abstand am wenigsten geschätzte Option war und im Verlauf der Legislaturperiode kontinuierlich bessere Werte erhielt. Kurz vor der Bundestagswahl 2017 präferierten die Bürger vier Koalitionsmodelle am ehesten: Schwarz-Gelb, Große Koalition, Rot-Grün und Schwarz-Grün. Am unbeliebtesten war mit Abstand eine rot-rot-grüne Koalition, also ein Bündnis aus SPD, den Linken und den Grünen. Abbildung 2 zeigt allerdings auch deutlich, dass auf der Skala von -5 („überhaupt nicht wünschenswert“) bis +5 („sehr wünschenswert“) nur eine Option zu einem Zeitpunkt – und zwar die Große Koalition im November/Dezember 2014 – im positiven Bereich lag. Alle anderen Bewertungen lagen im negativen Bereich. Ein klarer Koalitionswunsch seitens der Bevölkerung für die Regierungsbildung 2017 kann daher nicht abgelesen werden.

Abbildung 2: Koalitionsbewertungen in der 18. Legislaturperiode



Quelle: GLES-Langfrist-Online-Tracking (ZA5726, ZA5730, ZA5734, ZA6817).

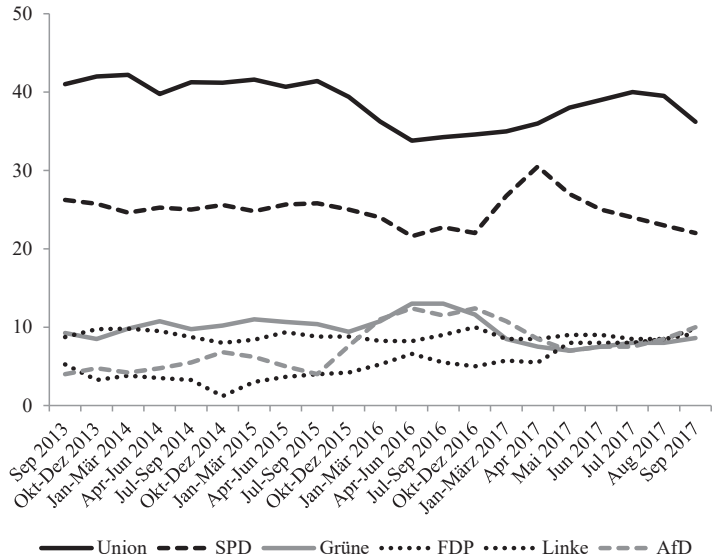
Anmerkungen: Koalitionsbewertung auf Skala von +5 ‚sehr wünschenswert‘ bis -5 ‚überhaupt nicht wünschenswert‘.

2.4 Die Entwicklung der Parteipräferenz

Spätestens seit der Jahreswende 2015/2016 war die Flüchtlingspolitik das dominierende Thema in Deutschland. Sowohl die Regierungsparteien als auch die Oppositionsparteien Die Linke und die Grünen sowie die außerparlamentarisch agierende FDP folgten anfänglich geschlossen Merkels Credo „Wir schaffen das“. Einzig die AfD, die zwischen Anfang und Mitte 2015 fast wieder in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden drohte, konnte sich bei diesem Thema einmal mehr als einzige parteiliche Vertretung einer „schweigenden Mehrheit“ und somit als Alternative zu den etablierten Parteien präsentieren (Bieber et al. 2018). Unter dem Eindruck der internationalen Erfolge rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen schien die Frage nicht mehr ob, sondern nur noch wie stark die AfD im kommenden Bundestag vertreten sein würde. Kritisch diskutiert wurde zudem, ob der Ausfallschritt von Horst Seehofer und seiner CSU nach rechts zur Vermeidung von Stimmverlusten der CSU zu Gunsten der AfD führen würde oder ob der offensichtliche Zwist zwischen den beiden Schwester-

parteien der CSU eher schaden würde. Abbildung 3 dokumentiert die Entwicklung der Wahlabsichten im Zeitverlauf.

Abbildung 3: Wahlabsicht in der 18. Legislaturperiode



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2018a (Projektion).

Anmerkungen: Bei mehreren Erhebungen im selben Zeitraum sind Durchschnittswerte ausgewiesen.

Wie bei den Wahlen 2013 schien der Wahlgewinn der CDU/CSU und eine weitere Kanzlerschaft Angela Merkels von vornherein festzustehen (Bieber/Roßteutscher 2011, 2014). Bis zum Herbst 2015 erreichten CDU/CSU in den Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2018a) mehr als 40 Prozent der Stimmen. Mit ungefähr 25 Prozent Stimmanteil war die SPD weit abgeschlagen. Damit schien sich die Situation der vorherigen Großen Koalition, die von 2009 bis 2013 regierte, zu wiederholen: Selbst genuin sozialdemokratische Wahlversprechen, wie zum Beispiel die Durchsetzung des Mindestlohns, wurden seitens des Wählers nicht der SPD gutgeschrieben (Bieber/Roßteutscher 2011). Ab Ende 2015 und im Kontext der zunehmenden Diskussion um Einwanderung und Integration verloren bei-

de Parteien an Zustimmung, allerdings veränderte sich der Abstand zwischen CDU/CSU und SPD kaum.

Doch im Frühjahr 2017 wandelte sich die Konstellation plötzlich und unerwartet und vieles sprach für einen spannenden Wahlkampf: Die SPD nominierte überraschend den Europapolitiker Martin Schulz, der seine Partei und viele Wähler anfänglich in große Euphorie versetzte. Der „Schulz-Zug“ nahm Fahrt auf. Alles schien plötzlich wieder offen zu sein. Im April 2017 trennte beide Parteien nur noch wenige Prozentpunkte. Doch der Schulz-Effekt erwies sich als Strohfeuer. Schon im Mai 2017 verlor die SPD an Zustimmung und im September, kurz vor der Bundestagswahl, stand die SPD mit knapp 22 Prozent der Stimmen so schlecht da wie vor der Nominierung des Kanzlerkandidaten.

Da aber auch CDU/CSU in der Gunst der Wähler weit von einer absoluten Mehrheit, die sie 2013 nur knapp verfehlt hatten, entfernt waren, stellt sich die Frage nach den Stimmanteilen der „kleinen“ Parteien. Nach der Bundestagswahl 2013, als sowohl FDP als auch AfD aufgrund der 5-Prozent-Hürde den Einzug in den Bundestag knapp verfehlten, war der Stimmenanteil der Parteien, die nicht in den Bundestag einziehen konnten mit 15,6 Prozent so hoch wie nie zuvor (Bieber et al. 2014). Bis Ende 2015 lag die FDP weiterhin etwa bei fünf Prozent. Erst seit der Jahreswende 2016 erreichte die Partei, deren Profil ganz auf den Parteivorsitzenden Christian Lindner zugeschnitten war, stabile Werte jenseits der 5-Prozent-Hürde. Die Grünen und Die Linke bewegten sich im gesamten Zeitraum bei Werten um die zehn Prozent. Ihr Einzug in den kommenden Bundestag schien daher gesichert. Unklar war es bis Herbst 2015 für die AfD, ob sie im zweiten Anlauf den Sprung in den deutschen Bundestag schaffen würde. Ihren fast kometenhaften Aufstieg im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 hatte sie ihrer Europa- und eurokritischen Position zu verdanken (Bieber/Roßteutscher 2014; Schmitt-Beck 2014). Dieses Thema hatte aber ab 2014 massiv an Bedeutung verloren und die AfD machte eigentlich nur noch durch parteiinterne Querelen, die im Austritt von einem Teil der Gründergeneration um Bernd Lucke im Sommer 2015 ihren Höhepunkt fanden, auf sich aufmerksam (Bieber et al. 2018). Bei diesem parteiinternen Zwist ging es nicht zuletzt um die Frage, wie migrationskritisch und deutschnational sich die Partei aufstellen will. Diese Akzentverschiebung auf national-konservative bzw. rechtspopulistische Positionen fiel quasi zeitgleich mit den Flüchtlingsbewegungen, die ab Sommer 2015 einsetzten. Innerhalb kürzester Zeit, von Herbst 2015 bis Frühjahr 2016, konnte die Partei, die nun aggressiv mit migrationskritischen Positionen warb,

ihre Zustimmung innerhalb der Wählerschaft fast verdreifachen. So standen kurz vor der Bundestagswahl 2017 vier „kleine“ Parteien – von denen zwei (Die Linke und die Grünen) die Opposition im Bundestag stellten und zwei weitere (FDP und AfD) auf den Wiedereinzug bzw. Ersteinzug in den Bundestag hofften – bei jeweils etwa zehn Prozent. Da der Kampf um die Kanzlerposition zugunsten von Angela Merkel entschieden schien, sollte sich die Spannung im Wahlkampf darauf konzentrieren, welche der kleinen Parteien drittstärkste Kraft werden würde.

Spannend war auch die Frage nach realistischen Koalitionsoptionen. Die AfD verstand sich als Fundamentalopposition und wurde auch von allen anderen Parteien als Regierungspartner kategorisch ausgeschlossen. Ähnlich erging es der Linken, die in Teilen zwar selbst großes Interesse an einer rot-rot-grünen Koalition verkündete, aber von den potentiellen Koalitionspartnern als nicht regierungstauglich betrachtet wurde. Die unter den Bürgern relativ beliebten Zweier-Koalitionen unter Führung einer der beiden „Volksparteien“ (also Schwarz-Gelb oder Rot-Grün) hatten nach dem Kollaps des Schulz-Hype und der relativen Schwäche der Unionsparteien keine rechnerische Mehrheit. Möglich blieben somit ausschließlich die Weiterführung der Großen Koalition sowie das Wagnis einer Jamaika-Koalition, die zu Beginn der 18. Legislaturperiode von den Bürgern extrem schlecht bewertet wurde, sich aber zunehmend größerer Beliebtheit erfreute.

Da wechselnde Stimmungen auch durch faktische Wahlergebnisse ausgelöst werden, soll im Folgenden ein Blick auf den Ausgang der Landtagswahlen geworfen werden, die zwischen der Bundestagswahl 2013 und der Bundestagswahl 2017 stattfanden. Da drei Parteien, die SPD, die FDP und die AfD, insbesondere von solchen Stimmungsschwankungen betroffen waren, wird der Fokus auf ihr Abschneiden bei diesen Landtagswahlen gelegt. Die ersten Landtagswahlen nach der Bundestagswahl 2013 fanden im August und September 2014 in Sachsen, Brandenburg und Thüringen statt. Die FDP ist in allen drei Fällen deutlich an der 5-Prozent-Hürde gescheitert, mit miserablen 1,5 Prozent in Brandenburg und 3,8 Prozent in Sachsen. Für die SPD waren diese Wahlen ein Wechselbad der Gefühle: In Brandenburg wurde sie mit fast 32 Prozent stärkste Partei und stellte den Ministerpräsidenten einer rot-roten Regierung. In Sachsen und Thüringen erreichte sie kaum mehr als 12 Prozent der Stimmen und landete damit abgeschlagen hinter CDU und Linken auf Platz 3. Sie konnte jedoch zumindest mehr Stimmen auf sich vereinigen als die AfD, die in Sachsen und

Thüringen circa 10 Prozent und in Brandenburg etwas über 12 Prozent der Wähler für sich gewinnen konnte.

Tabelle 1: Landtagswahlen 2013 bis 2017 – Ergebnisse in Prozent der Stimmen

Jahr/ Monat	Land	CDU/ CSU	SPD	AfD	FDP	Linke	Grüne	weitere im Landtag vertretene Parteien
2014/08	Sachsen	39,4	12,4	9,7	(3,8)	18,9	5,7	
2014/09	Brandenburg	23,0	31,9	12,2	(1,5)	18,6	6,2	FW: 2,7
2014/09	Thüringen	33,5	12,4	10,6	(2,5)	28,2	5,7	
2015/02	Hamburg	15,9	45,6	6,1	7,4	8,5	12,3	
2015/05	Bremen	22,4	32,8	5,5	6,6	9,5	15,1	BIW: 3,2
2016/03	Baden-Württemberg	27,0	12,7	15,1	8,3	(2,9)	30,3	
2016/03	Rheinland-Pfalz	31,8	36,2	12,6	6,2	(2,8)	5,3	
2016/03	Sachsen-Anhalt	29,8	10,6	24,3	(4,9)	16,3	5,2	
2016/09	Mecklenburg-Vorpommern	19,0	30,6	20,8	(3,0)	13,2	(4,8)	
2016/09	Berlin	17,6	21,6	14,2	6,7	15,6	15,2	
2017/03	Saarland	40,7	29,6	6,2	(3,3)	12,8	(4,0)	
2017/05	Schleswig-Holstein	32,0	27,2	5,9	11,5	(3,8)	12,9	SSW: 3,3
2017/05	Nordrhein-Westfalen	33,0	31,2	7,4	12,6	(4,9)	6,4	

Quelle: Landeswahlleiter, zitiert nach Zicht/Cantow 2018.

Anmerkungen: Sonstige Parteien, die keine Landtagssitze gewonnen haben, sind nicht ausgewiesen. Graue Hinterlegung bedeutet, dass diese Partei(en) nach der Wahl die Regierung bildeten. Klammern bedeuten, dass diese Partei(en) aufgrund der Sperrklausel kein Mandat gewonnen haben.

Im Februar und Mai 2015 folgten die Wahlen in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen. In beiden historisch sozialdemokratisch geprägten Städ-

ten ging die SPD als stärkste Partei hervor. In Hamburg konnte Olaf Scholz sogar fast 46 Prozent der Stimmen gewinnen. In beiden Ländern wurde eine rot-grüne Koalition geschlossen. Der FDP gelang der Einzug in die Bürgerschaften mit Stimmanteilen um die sieben Prozent, aber auch die AfD erreichte den Einzug in die Stadtvertretungen, wenn auch in Bremen denkbar knapp mit 5,5 Prozent.

Waren die Wahlergebnisse in Hamburg (16 Prozent) und Bremen (22 Prozent) für die CDU schon ein herber Dämpfer, so endete die Landtagswahl in Baden-Württemberg im März 2016 in einem Debakel. Die Grünen mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann gingen als stärkste Kraft hervor und die CDU musste erstmals als Juniorpartner in eine grün-geführte Regierung eintreten. Die FDP erreichte in ihrem Stammland immerhin etwas über acht Prozent der Stimmen, landete jedoch hinter der AfD, die 15 Prozent der Wähler für sich gewinnen konnte. Eine Katastrophe war die Wahl in Baden-Württemberg für die bisherige Regierungspartei SPD: Ihre Wählerschaft schrumpfte auf knapp 13 Prozent.

Hingegen wurde die SPD bei den parallel stattfindenden Wahlen in Rheinland-Pfalz mit über 36 Prozent stärkste Kraft und Malu Dreyer in ihrem Amt als Ministerpräsidentin bestätigt. Jedoch musste dieses Mal neben den Grünen auch die FDP, die mit circa sechs Prozent der Stimmen den Einzug in den Landtag schaffte, als Koalitionspartner in die Regierung aufgenommen werden. Die AfD konnte auch in Rheinland-Pfalz mit fast 13 Prozent einen Erfolg erzielen.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen in Sachsen-Anhalt wurde die AfD mit über 24 Prozent der Stimmen erstmals zweitstärkste Kraft hinter der CDU, die knapp 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Der FDP gelang der Einzug in den Landtag nicht und die SPD erreichte kaum mehr als zehn Prozent. Durch das starke Abschneiden der AfD in Sachsen-Anhalt reichten die gemeinsamen Stimmenanteile der CDU und SPD nicht aus, um eine „Große Koalition“ zu schließen, weshalb eine Regierungskoalition nur durch Einbindung der Grünen gebildet werden konnte. Diese drei gleichzeitig stattfindenden Wahlen am 13. März 2016 waren somit ein Wechselbad der Gefühle für viele Parteien und sprechen dagegen, dass – wie so oft behauptet – der Bundestrend die Ergebnisse einer Landtagswahl bestimmen würde.

Es folgten im September 2016 Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. In Mecklenburg-Vorpommern wurde die SPD klar stärkste Partei (fast 31 Prozent), der FDP und auch den Grünen misslang der Ein-

zug ins Parlament und die AfD erreichte mit 20,8 Prozent erstmals mehr Stimmenanteile als die CDU, die nur auf 19 Prozent kam.

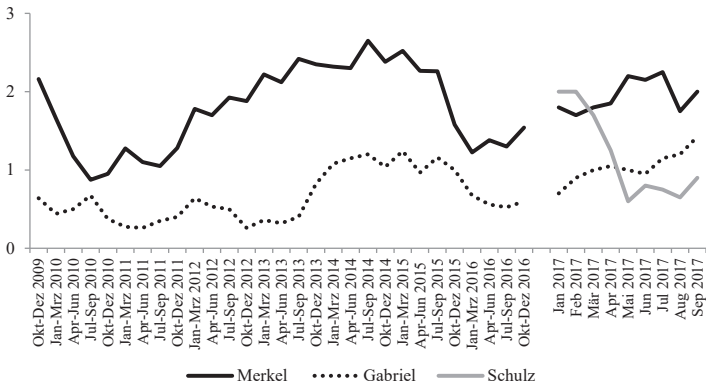
Die letzten Wahlen vor der Bundestagswahl 2017 fanden in Westdeutschland statt: Im März 2017 im Saarland sowie im Mai 2017 in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Diese Wahlen sind besonders interessant, weil sie als Stimmungsmesser und Vorboten für die Bundestagswahl im Herbst gewertet wurden. In der Strategie der SPD sollten diese Landtagswahlen etappenweise zum Bundestagswahlsieg führen. Während die SPD die krachende Niederlage im Saarland (über 40 Prozent für die CDU und weniger als 30 Prozent für die SPD) als Unfall in einem kleinen, bundespolitisch wenig bedeutsamen Land zu kaschieren versuchte, schienen die Niederlagen in Schleswig-Holstein (27 Prozent für die SPD und 32 Prozent für die CDU) und vor allem in ihrem „Stammland“ Nordrhein-Westfalen (31 Prozent für die SPD zu 33 Prozent für die CDU) die SPD-Wahlkampagne endgültig ins Wanken zu bringen. Damit war auch das Schicksal der SPD-Hoffnungsträgerin Hannelore Kraft, die für diese Niederlage die Verantwortung übernehmen musste, besiegelt. Während die FDP im Saarland den Einzug ins Parlament klar verfehlte, erzielte sie in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen jeweils zweistellige Ergebnisse um die 12 Prozent. Die AfD hingegen musste einen deutlichen Dämpfer hinnehmen, obwohl sie den Einzug in alle drei Länderparlamente als großen Erfolg zu feiern versuchte. Mit Ergebnissen zwischen 6,2 (Saarland), 5,9 (Schleswig-Holstein) und 7,4 Prozent (Nordrhein-Westfalen) blieb sie allerdings weit hinter ihren Erwartungen und den bisherigen Erfolgen zurück.

2.5 Kanzlerkandidaturen

Wie 2009 und 2013 zeichnete sich in der SPD erst kurz vor der Bundestagswahl ab, wer Kanzlerkandidat werden sollte. Nach den Niederlagen von Franz-Walter Steinmeier 2009 und Peer Steinbrück 2013 standen die Zeichen für den Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel nicht schlecht, selbst gegen Angela Merkel als Kanzlerkandidat anzutreten. Gabriel war in der Bevölkerung jedoch nicht sehr beliebt und parteintern in Teilen umstritten. So verzichtete Gabriel am 24. Januar 2017 auf die Kandidatur und schlug Martin Schulz als Kanzlerkandidaten und zukünftigen Parteivorsitzenden vor. Nur wenige Tage später, am 29. Januar, wurde er vom SPD-Parteivorstand einstimmig zum Kandidaten nominiert. Im März folgte ein außerordentlicher Bundesparteitag, auf dem Martin Schulz mit 100 Pro-

zent der Stimmen zum Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten gekürt wurde – ein fulminantes und in der Nachkriegsgeschichte der SPD einmaliges Ergebnis. Doch die Anfangseuphorie hielt nicht lange, wie Abbildung 4 zu entnehmen ist: Nur im Januar und Februar 2017 erzielte Schulz bei der Politikerbeurteilung höhere Werte als Merkel. Bereits im März verschlechterten sich die Werte deutlich und im Mai 2017 lag Schulz eindeutig hinter Merkel und wurde sogar schlechter eingestuft als Gabriel, dessen Werte sich nach dem „Verzicht“ kontinuierlich verbesserten.

Abbildung 4: Politikerbeurteilung (Mittelwerte)



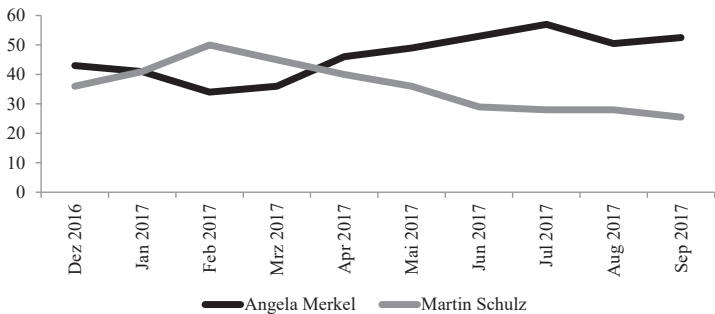
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2018b.

Anmerkungen: Politikerbeurteilung auf Skala von +5 ‚halte sehr viel von ...‘ bis -5 ‚halte gar nichts von ...‘. Bei mehreren Erhebungen im selben Zeitraum sind Durchschnittswerte ausgewiesen.

Ein ähnlicher Verlauf ist bei der Entwicklung der Kanzlerpräferenz in der Wählerschaft zu sehen (Abbildung 5). Da bereits Ende 2016 neben Sigmar Gabriel auch Martin Schulz als potentieller Kanzlerkandidat der SPD gehandelt wurde, fragte der ARD-Deutschlandtrend in einer Bevölkerungsumfrage bereits zu diesem Zeitpunkt, ob sie Angela Merkel oder Martin Schulz als Kanzler präferieren würden. Zu diesem Zeitpunkt lag Martin Schulz noch deutlich hinter Angela Merkel zurück. In Folge seiner offiziellen Nominierung kam es zu einem massiven Anstieg der SPD-Werte. Im Frühjahr 2017 lag Martin Schulz fast 15 Prozentpunkte vor der amtierenden Kanzlerin. Während in CDU/CSU viele Mandatsträger aufgrund die-

ser Entwicklung zunehmend beunruhigt waren, blieb Merkel bei ihrem Kurs. Der Aufschwung der SPD und ihres neuen Spitzenmannes endete so schnell wie er begonnen hatte: Schon im Mai 2017 lag Merkel in der Gunst der Bürger wieder vorne und dieser Vorsprung sollte sich bis zur Bundestagswahl vergrößern. Kurz vor der Wahl betrug der Vorsprung von Merkel zu Schulz 27 Prozentpunkte.

Abbildung 5: Entwicklung der Kanzlerpräferenz (in Prozent)



Quelle: ARD-DeutschlandTREND. Dezember 2016 bis September 2017. Infratest Dimap 2017.

Anmerkungen: Bei mehreren Erhebungen im selben Zeitraum sind Durchschnittswerte ausgewiesen.

2.6 Fazit

Wie schon bei den Bundestagswahlen zuvor schien nichts die CDU/CSU und Kanzlerin Angela Merkel davon abhalten zu können, aus der Bundestagswahl 2017 als Siegerin hervorzugehen. Auch der Aufsteiger der Bundestagswahl 2013, die AfD, schien aufgrund interner Querelen nicht länger eine ernsthafte Konkurrenz um Wählerstimmen zu sein. Dies änderte sich ab Sommer 2015. Im Kontext der zunehmenden Debatte um Migration und Integration überzeugte der nun klar migrationskritische und rechts-populistische Appell der AfD viele Wähler und sie erreichte bei Landtagswahlen zweistellige Ergebnisse. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen gelang es ihr sogar zur zweitstärksten Partei zu werden. Unter dem Eindruck der AfD-Erfolge versuchte sich die CSU unter Seehofer als Gegenpol zu Merkels Credo des „Wir schaffen das“ zu positionieren. In der Folge kam es zu Konflikten über die Flüchtlingspolitik innerhalb der Uni-

onsparteien, die sich beim Thema Einführung einer Obergrenze zuspitzten. Da die CSU schließlich doch mit der CDU gemeinsam in den Wahlkampf zog, war es im Vorfeld der Bundestagswahl eine der spannenden Fragen, ob sich dieser Merkel-kritische Kurs für die CSU auszahlen und sie in Bayern tatsächlich ein signifikant besseres Ergebnis als die CDU im Rest des Landes erzielen würde.

Eine zweite überraschende Wendung ergab sich aus der Nominierung des Europapolitikers Martin Schulz, der statt Sigmar Gabriel, den alle bis Ende 2016 für den kommenden Kanzlerkandidaten hielten, für die SPD ins Rennen geschickt wurde. Kurzfristig zahlte sich dieser Überraschungscoup aus und die SPD und ihr neuer Kandidat überflügelten CDU/CSU und Angela Merkel in der Gunst der Wähler. Nach den Niederlagen der SPD im Saarland, Schleswig-Holstein und vor allem Nordrhein-Westfalen hatte sich der Schwung der Kampagne verbraucht und der „Schulz-Zug“ kam zum Stehen. Die SPD rutschte auf ihr relativ schlechtes Ausgangsniveau zurück.

Spätestens seit Anfang 2016 und der ab dann stabilen Prognosen für FDP und AfD jenseits der 5-Prozent-Hürde schien zudem klar, dass der zukünftige Bundestag bunter werden würde. Aller Voraussicht nach würde er sich aus sechs – zählt man die CSU, die sich zumindest zeitweise als eigenständige Partei zu profilieren versuchte, sogar aus sieben – Parteien zusammensetzen. Doch gerade die Vielzahl der voraussichtlich im Bundestag vertretenen Parteien machte die Suche nach verlässlichen Koalitionspartnern vor, während und auch nach dem Wahlkampf schwierig: Die AfD war der Paria im System, mit der keine Partei koalieren wollte und die sich selbst als Fundamentalopposition bewarb. Das Koalitionsangebot der Linken hatte die SPD als nicht akzeptabel zurückgewiesen. Die klassischen Zweier-Koalitionen Schwarz-Gelb und Rot-Grün waren weit von rechnerischen Mehrheiten entfernt. So schienen im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 – ähnlich wie 2013 – nur zwei Optionen denkbar: eine innovative Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen, die seit Ende Juni 2017 relativ reibungslos in Schleswig-Holstein im Amt war, sowie die Fortführung der Großen Koalition – was eigentlich keiner der beiden Koalitionspartner ernsthaft wünschte.

Literatur

- Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid 2011: Große Koalition und Wirtschaftskrise: zur Ausgangslage der Bundestagswahl 2009, in: Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard/Bieber, Ina, Blumenstiel, Jan E./Bytzek, Evelyn/Faas, Thorsten/Huber, Sascha/Krewel, Mona/Maier, Jürgen/Rudi, Tatjana/Scherer, Philipp/Steinbrecher, Markus/Wagner, Aiko/Wolsing, Ansgar, Hg., Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 17–31.
- Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid 2014: Dominante Union und taumelnde FDP: Zur Ausgangslage der Bundestagswahl 2013, in: Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/Bieber, Ina/Blumenberg Manuela S./Blumenstiel, Jan E./Faas, Thorsten/Förster, André/Giebler, Heiko/Glogger, Isabella/Gummer, Tobias/Huber, Sascha/Krewel, Mona/Lamers, Patrick/Maier, Jürgen/Partheymüller, Julia/Plischke, Thomas/Roßmann, Joss/Schäfer, Anne/Scherer, Philipp /Steinbrecher, Markus/Wagner, Aiko/Wiegand, Elena, Hg., Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 19–33.
- Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid/Scherer, Philipp 2014: Die Wähler der Kleinparteien, in: Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/Bieber, Ina/Blumenberg Manuela S./Blumenstiel, Jan E./Faas, Thorsten/Förster, André/Giebler, Heiko/Glogger, Isabella/Gummer, Tobias/Huber, Sascha/Krewel, Mona/Lamers, Patrick/Maier, Jürgen/Partheymüller, Julia/Plischke, Thomas/Roßmann, Joss/Schäfer, Anne/Scherer, Philipp /Steinbrecher, Markus/Wagner, Aiko/Wiegand, Elena, Hg., Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 155–167.
- Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid/Scherer, Philipp 2018: Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft: Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternativen? Politische Vierteljahresschrift 59(3), 434–461.
- Blumenberg, Manuela/Förster, André 2014: Die Regierungsbildung, in: Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof/Bieber, Ina/Blumenberg Manuela S./Blumenstiel, Jan E./Faas, Thorsten/Förster, André/Giebler, Heiko/Glogger, Isabella/Gummer, Tobias/Huber, Sascha/Krewel, Mona/Lamers, Patrick/Maier, Jürgen/Partheymüller, Julia/Plischke, Thomas/Roßmann, Joss/Schäfer, Anne/Scherer, Philipp /Steinbrecher, Markus/Wagner, Aiko/Wiegand, Elena, Hg., Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 341–353.
- Infratest Dimap (2017): ARD-DeutschlandTREND: Direktwahl Bundeskanzler/-in, Erhebungszeitraum Dezember 2016 bis September 2017, September II 2017/KW 37. Berlin: Infratest Dimap. [<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2017/september-ii/>] <4.10.2018>.